Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 1

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zwang zu Genossenschaften für polnische Advokaten

Vom Rechtsanwalt zum Volksanwalt

Der noch relativ freie Stand der Rechtsanwälte geht in Polen seiner endgültigen Auflösung entgegen. Die bereits bestehenden Formen der Advokatenkollektivs werden durch eine Reorganisation völlig ihrer Selbständigkeit entkleidet und der von der KP geleiteten Gesellschaft unterstellt, von der sie auch entlöhnt werden. Der Advokat der neuen Ordnung hat weder seinem Klienten noch einem abstrakten Recht zu dienen, sondern den Bedürfnissen der Gesellschaft, wie sie vom Staat diktiert werden. Der kollektiv besoldete Advokat wird «in enger Zusammenarbeit mit dem Justizministerium» Spitzel des Staates bei seinem Klienten. Diese bevorstehende Entwicklung umriss die Zentralverwaltung des Polnischen Juristenverbandes anlässlich einer Plenartagung im Dezember.

Im Bericht der «Zycie Warszawy» heisst es darüber:

«Die Sprecher stimmten allgemein mit dem Gedanken einer Reorganisation der Advokatur überein. Die bisherigen Formen kollektiver Arbeit der Rechtsanwälte haben im Lauf von zehn Jahren ihre Prüfung nicht bestanden und ihre Vergesellschaftlichung blieb nur eine Fassade, hinter der sich überlebte Formen privater Rechtsanwaltspraxis verbergen. Man muss also auf eine faktische Vergesellschaftlichung ‚Kurs nehmen', und die Forderungen organisatorischer Aenderungen, die der Vorsitzende des Verbandes, Marian Mazur, in seinem Referat darstellte, können die richtige Grundlage für diese Aenderungen bilden. Die allgemeine Uebereinstimmung der Ansichten über die Notwendigkeit der Reorganisation fand auch in der zum Schluss gefassten Resolution ihren Ausdruck, die wir anschliessend zusammenfassen.»

«Grossen Nachdruck legten die Diskussionsteilnehmer auch auf ungesunde Formen der Abhängigkeit des Rechtsanwalts von verschiedenen Klienten, die oft aus der Verbrecherwelt kommen. Man muss eine Beseitigung dieser Abhängigkeit anstreben, denn sie untergräbt das soziale Ansehen der Rechtsanwälte.»

Solche Forderungen fanden dann in einer «einstimmig angenommenen Resolution» ihren Niederschlag. Darnach sollen die angestrebten Aenderungen «eine Garantie dafür schaffen, dass die Anwaltspflichten auf eine Weise erfüllt werden, die der Rolle des Berufes in der sozialistischen Gesellschaft entsprechen.» Ferner wird erklärt: «Mit der Forderung nach Vergesellschaftlichung der Tätigkeit der Anwaltskollektive hängt die Notwendigkeit einer Entlöhnungsreform zusammen, die dahin zu gehen hat, dass mindestens aus einem wesentlichen Einnahmeteil ein gemeinsamer Verdienstfonds gebildet wird.» Schon im Frühjahr 1960 wurden vom Obersten Advokatenrat Vorschläge über eine Reform der Anwaltskollektive, denen etwa 80 Prozent aller polnischen Rechtsanwälte angehören, ausgearbeitet, und dem Justizministerium vorgelegt. Danach sollten 10 bis 12 Mitglieder zählende Kollektive gebildet werden. 40 bis 80 Prozent der in die Kasse des Kollektivs fliessenden Honorare sollten unter alle Mitglieder verteilt werden, der Rest, also 20 bis 60 Prozent, soll dem Rechtsanwalt ausbezahlt werden, der den Fall bearbeitet hatte.

Die Justizbehörden sind bereits seit mehreren Jahren bestrebt, die autonomen Rechte der Advokatenräte, die die polnischen Rechtsanwälte im Zuge der Liberalisierungsmassnahmen des Jahres 1956 gewonnen haben, zu kürzen, sei es durch eine Einschränkung der Kompetenzen der Räte zugunsten der Organe des Ministeriums, sei es durch eine verstärkte Besetzung von Stellen in den Räten durch Regierungs- und Parteifunktionäre. Obwohl sich die Regierung insofern durchgesetzt hat, als die Abhängigkeit des Obersten Advokatenrates vom Ministerium grösser wurde, war es den Rechtsanwälten bisher gelungen, einen völligen Verlust ihrer Autonomie zu verhindern. Die jüngsten Prozesse gegen einzelne Anwälte wegen angeblicher Gesetzesübertretungen und Beleidigungen der Staatsanwälte haben aber nun der Regierung in ihrer Politik der Einschränkung der Advokatenautonomie einen wichtigen Trumpf in die Hand gegeben.

Die Buchbesprechung

Berliner Hauptprobe

W. Ph. Davison. Die Blockade von Berlin. Alfred Metzner Verlag, Frankfurt a. M. — Berlin 1959, 485 Seiten.

Diese wissenschaftlich einwandfreie und gleichzeitig packende Studie eines Modellfalles des Kalten Krieges erhält seit dem 13. August eine grosse Bedeutung und neue Aktualität. Die Arbeit erschien ursprünglich in der Princeton University Press im Zusammenhang mit der Rand Corporation; beides gewährt jene Objektivität, die einer politischen Untersuchung allein Wirksamkeit verleiht.

Davison skizziert zunächst die Nachkriegsentwicklung Deutschlands und Berlins, um hernach den Verlauf der Krise während der ersten vier Wochen vom 18. Juni bis zum 15. Juli 1948 zu analysieren. Die Verhandlungen, die Spaltung der Stadt sowie die Aufhebung der Blockade am 12. Mai 1949 sind Gegenstand eingehender Darstellung. Indem der Autor in zwei abschliessenden Kapiteln die Gründe des Widerstandswillens sowie den Einfluss der öffentlichen Meinung auf die politische Entscheidung untersucht, reiht er zum Erfolg seiner Untersuchung noch das Verdienst, die nötigen Grundlagen für richtungsweisende Schlussfolgerungen gelegt zu haben.

An diesem Beispiel des sowjetischen Vorgehens lässt sich die kommunistische Taktik einwandfrei illustrieren. Die Abwehr des Angriffs auf Berlin schuf eines der seltenen Symbole des erfolgreichen Kampfes für die Freiheit, was dem heutigen Kampf um die gleiche Stadt eine neue Bedeutung gibt. Die Analyse dieser Abwehr bietet zudem reiche Anregung für den politischen Führer und den Staatsbürger allgemein. Als Faktoren des heldenhaften Widerstandes durch die Berliner Bevölkerung arbeitet Davison deren besondere Art (Humor, Sinn für Abstand, Skeptizismus, Unbeugsamkeit, politische Wachheit), Ermutigung durch die offensive Haltung des Westens (Luftbrücke), Bewusstsein um einen Kampf für die ganze freie Welt sowie Hoffnung auf eine bessere wirtschaftliche Zukunft mit dem Westen heraus. Mit entscheidend war die Tatsache, dass die Bevölkerung von Anfang an illusionslos auf einen harten Kampf gefasst war und Bereitschaft zeigte, die Probleme nach ihrer politischen Dringlichkeit einzustufen und zu behandeln.

Hier zeigt sich, dass eine realistische Sicht der Lage die bessere Voraussetzung für die notwendige Haltung der freien Welt ist, als es ein zweckbedingter Optimismus sein könnte.

Diesen Kampf hat eine *Haltung* entschieden, die heute zur grössten Tugend werden muss: humorvolle Gelassenheit und mutige Entschiedenheit. Das Symbol Berlin lehrt uns siegen. Davisons Buch bringt uns dieses Symbol nahe, indem es beispielhaft zeitgenössische Geschichte aufzeichnet.

Kranksein während der Arbeitszeit verboten

Neuer Schritt in Ausbeutungskampagne

Das «Produktionsaufgebot», mit dem die sowjetzonalen Arbeiter die Aufrüstung der SBZ ermöglichen müssen, wird weiter forciert. So sollen, um Arbeitszeitverluste zu vermeiden, Aerzte nur abends aufgesucht werden.

Ihre Sprechstunden in die Abendstunden zu verlegen, «damit die Aerzte nicht während der regulären Arbeitszeit aufgesucht werden müssen», haben sich die Aerzte des Kreises Pirna (Sachsen) verpflichtet. Diesem Entschluss, der von der SED-Kreisleitung Pirna als «wichtiger Beitrag der medizinischen Intelligenz zum Produktionsaufgebot» begrüsst wird, sind «harte Auseinandersetzungen mit einigen Aerzten vorausgegangen. Viele Aerzte, so berichtet der Bezirkstuberkulosearzt des Bezirkes Dresden, Dr. Anspach (NDP), hätten «falsche Auffassungen vom Produktionsaufgebot» gehabt und die Ansicht vertreten, es könne den Arbeitern, «die doch ohnehin arbeitsmässig bis aufs äusserste angespannt sind», nicht zugemutet werden, sie jetzt noch mehr zu belasten. «Diesen Aerzten haben wir in langen Auseinandersetzungen klargemacht, dass das Produktionsaufgebot eine nationale Bewegung ist, in die sich das sozialistische Gesundheitswesen einschalten muss», sagte Dr. Anspach auf einer Arbeitstagung seiner Partei.

Auch über die Frage der Westmedikamente hat es «lebhafte Auseinandersetzungen mit den Kollegen» gegeben. Die Bevölkerung wünsche sehr oft vom Arzt, dass er Westmedikamente aufschreibe, und viele Aerzte hätten diese Wünsche erfüllt.

«Für jeden Arzt in unserem Staat muss es eine Frage der Moral sein, ob man Westmedikamente verschreibt oder nicht.» Es gebe zwar «hier und da wohl Westmedikamente, die besser sind als unsere», aber es müsse bedacht werden, dass dieser Vorsprung «in einigen Jahren aufgeholt sein wird». Jeder Arzt könne das bei gutem Willen seinem Patienten verständlich machen.

Das Rote Kreuz der Sowjetzone hat in zahlreichen Antwortschreiben an Antragssteller die Hilfe bei der Zusammenführung ihrer durch die Absperrmassnahmen des 13. August getrennten Familien strikt abgelehnt.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 3. Januar 1962

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Unser Memo

Die Schweiz erscheint in der sowjetischen Geschichtsdarstellung als faktischer Verbündeter Hitlers im Zweiten Weltkrieg. Diese für die kommunistische historische Wissenschaft so bezeichnende Darstellung erschien in der Moskauer Monatsschrift «Woprosi Istori» in einem langen Artikel von D. M. Kukin über «Die Kommunistische Partei, Organisator des Sieges des sowjetischen Volkes im grossen patriotischen Krieg». Zwar geht der Verfasser nicht gerade soweit, unser Land als solches *expressis verbis* der faschistischen Politik zu beschuldigen, aber dass dieser Eindruck beim Leser hervorgerufen werden soll, ist eindeutig. Die Technik der Verleumdung liegt einmal mehr in der suggestiven Satzfolge. Der betreffende Absatz lautet:

«International gesehen war die Lage der Sowjetunion beim Ausbruch des Krieges (d. h. 1941, die vorhergehende Zeit des kommunistisch - faschistischen Freundschaftspaktes gehört natürlich in den sowjetischen Geschichtsbüchern nicht zum Krieg) war ausserordentlich kompliziert. Das faschistische Deutschland (die Tatsache des *nationalsozialistischen* Deutschlands wird in der kommunistischen Terminologie überhaupt nicht berücksichtigt; sie wiese ja zu deutlich darauf hin, dass schon ein anderer totalitärer Einparteienstaat mit dem Wort «Sozialismus» Schindluderei getrieben hat) beherrschte nahezu ganz Europa. Eine anzahl von Ländern, nämlich Italien, Japan, Bulgarien, Ungarn, Rumänien und Finnland, waren seine Verbündeten. Elf Staaten, darunter Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei, Belgien, Holland und Jugoslawien, waren von der Hitlermacht überwältigt worden. Portugal und ebenso die reaktionären Kreise der sogenannten ‚neutralen' Staaten — Schweiz, Türkei, Persien und Schweden — halfen Deutschland . . .»

Die schweizerische Neutralität erscheint in dieser Darstellungsweise nicht anders als eine getarnte Unterstützung des Hitlerfaschismus. Die gleiche Vorstellung wird übrigens in letzter Zeit recht häufig auch in andern Artikeln über die Schweiz geweckt, freilich mehr in Form von indirekten Anspielungen als von direkten Behauptungen. So lässt sich der Beginn einer planmässigen Kampagne erkennen, unsere nicht zuletzt in den Entwicklungsländern geachtete Demokratie und ihre Institutionen als «faschistisch» zu diskreditieren, wobei voraussichtlich die Geschichtsfälschung immer unverfrorner gehandhabt werden wird. Schützenhilfe von Schweizern, die nach Kriegsschluss ihren «Antifaschismus» entdeckt haben, wird dabei gerne entgegengenommen.

Tatsächlich aber tut der Schweizer heute gut daran, sich daran zu erinnern, dass es schon zur Nazizeit koexistenzfreundliche Kreise gab, welche den Totalitarismus durch Konzessionen besänftigen wollten und es als Opportun erachteten, den hitlerschen Friedensbestrebungen Glauben zu schenken. Gewisse Kreise wollten sich tatsächlich vom Massenmord an Juden sowenig belästigen lassen wie später vom Massenmord an Antikommunisten. Der Faschismus in seiner geschichtlichen Wirklichkeit hiess Herrschaft einer Partei als Avangarde des ganzen Volkes, hiess Unterdrückung der Meinungs- und Gedankenfreiheit, hiess systematische Hasserziehung in der Hitlerjugend und entsprechenden Pionierorganisationen, hiess Terror und Mord. Das war faschistische Wirklichkeit, und das ist kommunistische Wirklichkeit. Es gibt daneben Unterschiede zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus. Unter anderm in der Grössenordnung. So wie zwischen «national» und «international».

Der Schnappschuss

Marschall Schukow, das einstige Idol des «grossen patriotischen Krieges» wird aus der sowjetischen Geschichtsschreibung aus der Versenkung wieder hervorgeholt, um im Zuge der Entstalinisierung öffentlich für seine Fehler gebrandmarkt zu werden. Der Artikel von «Woprosi Istori» über den Zweiten Weltkrieg (siehe Memo) macht neben Stalin und dem ehemaligen Kriegsminister Timoschenko auch den populären Generalstabschef Stalins verantwortlich für die mangelnde Einsatzbereitschaft und die ersten Niederlagen der Roten Armee. Die KP, das ist der Sinn der Arbeit, trägt allein das Verdienst für die Besiegung Hitlers. Auf ihr Konto gingen alle Erfolge, während alle Misserfolge der Selbstherrlichkeit einiger Militärs zuzuschreiben waren. Es geht nicht mehr lange, und Chruschtschew hat den Krieg allein gewonnen (er war damals Generalmajor und war sogar einmal an der Front gewesen).

*

Im übrigen variiert der Artikel das alte Thema, wonach der 2. Weltkrieg aus dem Kampf der Sowjetunion gegen die zufällig entzweite imperialistische Welt bestanden habe. Beispiele:

*

«Die Sowjetdiplomatie vereitelte die Bemühungen Hitlers, eine gemeinsame Front der kapitalistischen Länder zu einem Krieg gegen die Sowjetunion zu bilden» (dass Hitler mit den «kapitalistischen» Grossmächten Europas Krieg führte, als er mit der Sowjetunion noch mit einem Pakt auf dem Rücken Polens liiert war, stört in diesem Zusammenhang die kommunistische Geschichtsschreibung keineswegs).

*

«Grossbritannien und die USA eröffneten die zweite Front in Europa erst, nachdem es offensichtlich geworden war, dass die Sowjetunion Deutschland und seine Alliierten allein besiegen könne» (mit der Ausrüstung, die ihr von Amerika und England zur Verfügung gestellt worden war).

*

«Eingedenk seiner Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten erklärte die Sowjetunion am 8., August 1945 Japan den Krieg (nachdem die kriegsentscheidenden Atombomben bereits gefallen waren). Mit Hilfe der chinesischen nationalen Befreiungsarmee und der mongolischen Revolutionsarmee zerschlug die Rote Armee die japanische Kwantung-Armee. So wurde Japan zur Kapitulation gezwungen.» (Wenn es darum geht, Chruschtschews 50 Megatonnenbombe zu rechtfertigen, vergisst die sowjetische Presse Nagasaki und Hiroshima nie.)

Feudales Heldenbild

Als Ritter ohne Furcht und Tadel präsentiert die aserbeidschanische Zeitung «Bakinski Rabotschi» ihren Lesern den populären Schachgrossmeister Michael Tal (Ex-Weltmeister; u. a. Sieger im Zürcher Turnier von 1959).

Glorifizierende Darstellungen mit Motiven aus der alten Feudalherrschaft und Ritterherrlichkeit finden sich in der sowjetischen Presse zwar nicht gerade häufig, aber doch sporadisch. Selbstverständlich bedeuten sie keine positive Wertung der damaligen Gesellschaftsordnung, sondern stellen üblicherweise nicht mehr als eine unverbindliche Anknüpfung an die als pittoresk empfundenen Aspekte der Vergangenheit dar, wie sie auch in Volkstrachten, altem Brauchtum und dergleichen zum Ausdruck kommen. Immerhin scheint es bemerkenswert, dass vom Leser auch nach 40 Jahren kommunistischer Herrschaft immer noch positive Reaktionen auf ein Idealbild der feudalistischen Ordnung erwartet werden. Grundsätzlich anders verhält es sich mit den geschichtlichen Taten der Zarenzeit, die bewusst in den Dienst des heutigen Patriotismus gestellt werden. So werden die gewaltsamen Gebietsannexionen der russischen Zaren als «progressive» Taten verherrlicht, trotzdem es sich nach kommunistischer Terminologie natürlich um imperialistische Kolonialpolitik handeln müsste. Allgemein versehen die sowjetischen Historiker alle zaristischen Eroberungen innerhalb des heutigen Sowjetimperiums mit dem Beiwort «progressiv». In ähnlicher Weise darf das russische Volk auch heute noch auf die Siege seiner zaristischen Unterdrücker über Napoleon stolz sein. Sogar die volkstümliche alte Gleichstellung Napoleons mit dem Antichrist (nach marxistischer Auffassung schliesslich ein Musterbeispiel für eine verdammenswerte aber gläubische Vorstellung) wird gern genug in den Dienst der heutigen Machtpolitik des Kremls gestellt.